

»Rostock spielt eine unrühmliche Rolle«

Mecklenburg-Vorpommern: Kriegsgegner protestieren während »Hanse Sail« für Ostsee als Meer des Friedens. Ein Gespräch mit Cornelia Mannewitz

Das Rostocker Friedensbündnis hat am Donnerstag unter dem Motto »Keine Militärmusik zur Hanse Sail« gegen ein Konzert des Heeresmusikkorps Hannover der Bundeswehr protestiert. Warum?

Wir machen als kleine Gruppe die Rostocker und Gäste der Stadt mit Megafon und Flyern darauf aufmerksam, dass auf dem Universitätsplatz ausgerechnet ein Bundeswehrorchester spielte. Und das zu einem friedlichen Segelfest. Das war Militärwerbung mitten im »Wohnzimmer« der Stadt. Nach unserer Mahnwache gab es noch eine feine Transparentaktion direkt vor der Nase der Musiker.

Am selben Abend fand eine Veranstaltung gegen die Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsarbeit der Bundeswehr statt. Was wurde dort konkret kritisiert?

Im Prinzip dasselbe. Die Bundeswehr buhlt mit allen Mitteln um Sympathien. Wir hatten Michael Schulze von Glaeser von der DFG/VK gewinnen können. Er ist sehr gut im Thema. Die Ereignisse des Nachmittags gehörten zu seinen Beispielen. Er zeigte aber auch flecktafbedruckte Pizzakästen und -Samentüten, mit denen sich die Bundeswehr in den Alltag mogelt. Lustig ist das nicht: Die Kehrseite sind die Besuche von Jugendoffizieren an Schulen sowie die Rekrutierung und Ausbildung von Unter-18jährigen an der Waffe. Übrigens hat dankenswerterweise die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern den Abend unterstützt.

Im Rahmen der Hanse Sail bot die Bundeswehr auch am Sonntag ein Familienprogramm auf dem Marinestützpunkt Warnemünde unter anderem mit dem Segelschiff »Gorch Fock«, Panzerfahren und U-Boot-Hüpfburg an. Was halten Sie von einem solchen Spektakel?

Das ist der Versuch, eine Kaserne als Erlebnisbereich zu tarnen. Wie bei einem Familienevent war für jeden etwas dabei. Bei Jugendlichen dürfte es die Technikbegeisterung sein, auf die spekuliert wurde. Der Kommandeur des Stützpunkts hat es so ausgedrückt: Die Bevölkerung bekomme die Möglichkeit, »ihre Streitkräfte wieder hautnah zu erleben«. Da winken wir schon ab. Wessen Streitkräfte? Den Wunsch der Bevölkerung nach Frieden bedient die Bundeswehr

nicht. Der Clou: Am Sonntag lief die Korvette »Oldenburg« ins Mittelmeer aus, mitten am Tag der offenen Tür. Soll das Stolz auf die Bundeswehr befördern? Wohlwollen für Auslandseinsätze schinden? Soll es normal werden, mit Kind und Kegel einer Militäreinheit auf dem Marsch ins Ausland hinterherzuwinken? Im Endeffekt ist das Kriegsvorbereitung.

Auch der Ständige Minenabwehrverband der NATO, ein indonesisches Schulschiff und zwei dänische Heimwehrkutter waren dort. Gibt es diesbezüglich eine Gegenposition für einen friedlichen Internationalismus im Rahmen der Hanse Sail?

Man kann erleben, wie friedlich die Segler aus verschiedenen Ländern miteinander umgehen. Aber eine offizielle Gegenposition: eher nicht. Sogar der Abendempfang von Stadt und Wirtschaftsförderern sollte unbedingt im neuen Marinearsenal abgehalten werden. Oberpeinlich: Dafür wurde eine chinesische Delegation – »Sicherheitsrisiko! – wieder eingeladen. Aber letztes gab es eine Diskussion über ein Wiederaufleben der Rostocker »Ostseewoche« aus DDR-Zeiten. Das Land ist dafür, bekommt aber Gegenwind von Rostocker Historikern: Die Ostseewoche habe nur der Selbstdarstellung der DDR gedient, sei von der Stasi durchgesetzt gewesen. Dabei waren das Tage für den Frieden, mit politischen Kongressen, Kultur und internationalen persönlichen Begegnungen. Wir unterstützen diese Idee jedenfalls. Und ganz bescheiden möchten wir für uns reklamieren, dass wir mit unseren Aktionen zur Hanse Sail auch eine Stimme für den friedlichen Internationalismus sind.

Wie sieht das Rostocker Friedensbündnis die zunehmende Militarisierung der Ostsee?

Die Ostsee wird immer mehr zum Aufmarschgebiet der NATO gegen Russland. Staaten, die jahrzehntlang blockfrei waren, werden NATO-Mitglied. Die deutsche Marine will ihre Flotte umfassend modernisieren. Manöver beider Seiten häufen sich. Aufrüstung, Säbelrasseln, strategische Gelüste: Mit dem Ukraine-Krieg glaubt man, alles rechtfertigen zu können. Rostock, Standort des Marinekommandos, das auch als NATO-Hauptquartier bereitsteht, spielt auch hier eine unrühmliche Rolle. »Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein.« Wir setzen uns dafür ein, dass die Lösung der Ostseewoche wieder zu Ehren kommt.

Interview: Martin Dolzer



Cornelia Mannewitz ist aktiv im Rostocker Friedensbündnis



»Israel's coup criminals«: Demonstranten prangern am Sonnabend die israelische Regierung bei Protesten in Tel Aviv an

»Zeit zum Kämpfen«

Massenprotest in Israel: Widerstand gegen »Justizreform« ungebrochen

In Israel gehen auch während der Sommerpause des Parlaments und der Ferienzeit die Proteste gegen die geplante »Justizreform« der Koalitionsregierung aus Rechten und Ultra-rechten weiter. Es war die 32. Woche in ununterbrochener Folge, dass am Sonnabend Zehntausende Menschen in Städten, Ortschaften und an Kreuzungen von Fernstraßen zu Kundgebungen zusammenkamen. 103.000 sollen es allein bei der zentralen Kundgebung in der größten Stadt des Landes, Tel Aviv, gewesen sein.

Diese Zahl ist nicht nur auffallend exakt, sondern auch relativ zuverlässig: Sie kommt von einem professionellen Unternehmen, das sich auf solche Zählungen spezialisiert hat, und wurde am Samstag vom Privatsender Kanal 13 gemeldet. Die Angabe bezog sich auf den Zeitpunkt 20.45 Uhr. Die Zahl der Teilnehmenden wächst danach in der Regel noch etwas an. Wie üblich wurde genau in der Mitte der zentralen Kundgebung an der Kaplan Street ein riesiges Transparent

getragen. Unter den englischen Worten »Israel's coup criminals« (Israels Staatsstreich-Verbrecher) zeigte es fünf Fotos, unter anderem von Premierminister Benjamin Netanjahu, Justizminister Jariv Levin, beide vom Likud, sowie vom Minister für Innere Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, und Finanzminister Bezaleel Smotrich – beides Mitglieder der Ultrarechten. Die sind zum ersten Mal in der israelischen Geschichte an einer Regierung beteiligt. In der Vergangenheit waren sie zu mehreren Wahlen gar nicht erst zugelassen worden.

Während der zentralen Kundgebung in Tel Aviv sprach unter anderem Amiram Levin, ein General im Ruhestand, früher Kommandeur einer Eliteeinheit, Chef des Kommandos Nord der Streitkräfte und stellvertretender Direktor des Auslandsgeheimdienstes Mossad. In seiner Ansprache warf er Netanjahu vor, er wolle das Land an Verbrecher ausliefern. Eine der prominentesten Organisatorinnen der Proteste, Schikma Bressler, sagte in ihrer Rede: »Die Knesset mag

Pause machen, aber der Staatsstreich geht mit voller Stärke weiter. (...) Jeder von uns versteht, dass jetzt die Zeit zum Kämpfen ist.«

Nach der zentralen Kundgebung zogen Tausende weiter zur Wohnung von Parlamentssprecher Amir Ohana. Er ist Mitglied des Likud und einer der wenigen offen schwul lebenden Politiker Israel. Viele Oppositionelle werfen ihm vor, als Alibi der rechten Regierung in der Geschichte Israels zu dienen, in der homophobe Stimmen sehr laut erklingen, auch wenn Netanjahu ihnen gelegentlich widerspricht.

Proteste vor den Wohnsitzen von Politikern, zumal wenn sie der Regierung angehören, sind in Israel völlig üblich und grundsätzlich akzeptiert. Medienaufschreie darüber gibt es nicht. In diesem Fall erklärte die Polizei die Kundgebung nach einiger Zeit als illegal. Begründung: Einige Teilnehmer hätten gegen die Anweisung verstoßen, einen Mindestabstand von 300 Metern zu Ohanas Wohnung einzuhalten. Knut Mellenthin

NACHRICHTEN

China: Kritik an Besuch aus Taipeh in USA

Beijing. China verfolgt nach eigenen Angaben einen Besuch des taiwanesischen Vizepräsidenten William Lai in den USA »genau«. Beijing werde »entschlossene und energische Maßnahmen ergreifen, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität zu schützen«, hieß es in einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung des Außenministeriums. Der Vertreter der chinesischen Provinz will in Paraguay an der Amtseinführung des gewählten Präsidenten Santiago Peña teilnehmen, mit Zwischenstopp USA. Aus Beijing hieß es jedoch, dass Lai unter diesem Vorwand politische Aktivitäten in den USA ermöglichen würden. (AFP/W)

Israel lehnt saudisches Konsulat für Palästinenser ab

Jerusalem. Israel lehnt die Einrichtung eines für die Palästinensische Nationalbehörde zuständigen Generalkonsulates von Saudi-Arabien in Jerusalem ab. Das erklärte der israelische Außenminister Eli Cohen am Sonntag im Radiosender 103 FM. Am Sonnabend hatte Riad erstmals einen Botschafter für die Palästinensische Nationalbehörde ernannt. Das Amt wird vom saudischen Botschafter in Jordanien, Najef Al-Sudairi, zusätzlich übernommen, denn der Gesandte bleibt Vertreter seines Landes in Jordanien. Die Botschaft in Amman teilte mit, Al-Sudairi werde auch als Generalkonsul in Jerusalem tätig sein. (Reuters/W)

VdK: 24 Milliarden Euro für Kindergrundsicherung

Berlin. Für eine wirksame Kindergrundsicherung veranschlagt der Sozialverband VdK bis zu 24 Milliarden Euro. Verbandspräsidentin Vera Bentele erklärte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (Sonnabend), zur Finanzierung könnten etwa große Vermögen oder Erbschaften höher besteuert werden. Der genannte Betrag ist doppelt so hoch wie ursprünglich von Bundesfamilienministerin Elisabeth Paus (Bündnis 90/Die Grünen) veranschlagt. Der von Paus jüngst ge-

nannte Betrag von »zwei bis sieben Milliarden Euro« reicht laut Bentele »auf keinen Fall«. Es sei »nicht schlüssig« zu behaupten, es sei kein Geld da, so Bentele: »Das ist eine Frage des politischen Willens.« (dpa/W)

Netzagentur: Restrisiko für Gasmangellage

Berlin. Die Bundesnetzagentur sieht für die Energieversorgung im Falle eines »sehr kalten Winters« Restrisiko. Behördenchef Klaus Müller erklärte gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung (Sonntag), eine vollständige Entwarnung vor einer Gasmangellage sei »verfrüht«, obwohl es nach der Abkehr von Erdgaslieferungen aus Russland stabile andere Bezugsquellen gebe. Der russische Präsident Wladimir Putin könnte Staaten in Südosteuropa »den Gashahn (...) zudrehen«, teilte AFP mit. Obwohl die Gasspeicher zu fast 90 Prozent gefüllt seien, rief Müller zum Sparen auf. »Zuletzt bleiben Anschläge auf Pipelines als Horrorszenario«, so Müller. (AFP/W)